

Veröffentlichung der Entscheidungsgrundlagen zur Umgestaltung der Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf und der Fraktion LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.01.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständige Stadträtin Ulli Sima zu ersuchen, zusammen mit der angekündigten Präsentation des abgestimmten Gestaltungsvorschlags folgende Unterlagen bzw. Informationen auf der Website des Bezirks zu veröffentlichen, aus denen nachvollziehbar hervorgeht, wie es zu diesem Gestaltungsvorschlag gekommen ist:

- Zwingende Prämissen (Muss-Kriterien oder „No-Go's“) für den Gestaltungsvorschlag
- Prioritär verfolgte Ziele des Gestaltungsvorschlags
- Erwogene Varianten, insbesondere folgende Punkte betreffend:
 - Verkehrsführung auf der Gumpendorfer Straße selbst, insbesondere Anordnung von Einbahnabschnitten
 - Flächenaufteilung (Begegnungszonen vs. Trennung in Fahrbahn und Gehsteig, Begrünung versus Gehsteigbreite)
 - Anzahl und Standorte von Verkehrslichtsignalanlagen bzw. andere Form der Regelung von Kreuzungen
 - Verkehrsführung in den Seitengassen (Erhalt von Zufahrtsmöglichkeit und Vermeidung von Schleichwegen in Abhängigkeit der Verkehrsführung auf der Gumpendorfer Straße selbst)
- Gründe für den Ausschluss erwogener Varianten und die Priorisierung des schlussendlich präsentierten Gestaltungsvorschlags
- Die gesamte vom Bezirksvorsteher im Rahmen des Interviews der Bezirkszeitung vom 9. Jänner 2024 erwähnte „Verkehrsstudie der MA 46“.
- Eine Zusammenfassung der Reaktionen von Bürger*innen im Rahmen der Feedback-Phase („Gumpi-StandIn“ von 25.9. - 2.10. sowie im Rahmen dieser Phase per E-Mail eingegangene Rückmeldungen)

Begründung

Seitens der Bezirksvorstehung und den beteiligten Planungsbüros wurden von Jänner bis September 2023 keine Mühen gescheut und in einem ergebnisoffenen und niederschweligen Prozess mit Umfrage, Infoständen und Workshops erhoben, was sich die Menschen von der Umgestaltung der Gumpendorfer Straße erwarten. Ebenso haben zahlreiche Bürger*innen und Stakeholder*innen viel Zeit investiert, um sich einzubringen – vom Ausfüllen eines Online-Fragebogens über den Besuch eines „Gumpi-Standls“ bis zur Teilnahme an einem Workshop.

Leider ist es gegenüber der ursprünglichen Planung des Beteiligungsprozesses zu Verzögerungen bei der Abstimmung möglicher Maßnahmen mit den Magistratsdienststellen gekommen. Dadurch waren in der bisher letzten Beteiligungsphase („Feedback“ – 16.9. - 31.10.2023) anders als geplant wichtige Eckpunkte noch nicht bekannt, beispielsweise wie viele Ampeln es in Zukunft noch an der Gumpendorfer Straße geben soll, ob und welche Einbahnführungen entlang der Gumpendorfer Straße vorgesehen sind und wie sich Radrouten und Verkehrsorganisation in der Umgebung ändern sollen.

Für die verbleibenden Projektphasen werden auf der Website des Beteiligungsprozesses¹ keine Möglichkeiten des Feedbacks oder der Mitbestimmung von Bürger*innen explizit erwähnt. In einem Interview² hat Bezirksvorsteher Markus Rumelhart hingegen angekündigt: *„Im Frühjahr werden wir die ersten Pläne präsentieren und dann mit den Bürgern die Details verhandeln“*.

Um das Interesse der Bürger*innen an Demokratie und Partizipation nachhaltig aufrecht zu erhalten, ist es unverzichtbar, ihnen auf Augenhöhe zu begegnen. Aufgrund der vielfältigen Ansprüche an die Nutzung des begrenzten Straßenraums ist es unvermeidlich, dass viele der Bürger*innen, die Zeit und Engagement in die Mitbestimmung investiert haben, vom Ergebnis zunächst enttäuscht sein werden. Damit diese Menschen nicht in die Politikverdrossenheit abgleiten, ist es umso wichtiger, transparent zu machen, wie ihre Anregungen weiterverarbeitet wurden und warum es schlussendlich zu einem Ergebnis gekommen ist, das hoffentlich vielen, aber wohl kaum allen Vorstellungen gerecht wird. Transparenz bedeutet in diesem

¹ <https://mitgestalten.wien.gv.at/de-DE/projects/zukunftsfitte-gumpendorferstrasse>

² https://www.meinbezirk.at/mariahilf/c-politik/2024-gehts-unter-mariahilfs-erde_a6461662

Zusammenhang zweierlei: Zum einen sollen die Bürger*innen erfahren, welche Maßnahmen und Varianten geprüft wurden, was also alles versucht oder nicht versucht wurde. Zum anderen muss es eine Abgrenzung von Fachebene und politischer Entscheidung geben: Für welche Maßnahmen wurden von den Fachdienststellen welche Wirkungen, Kosten oder Machbarkeitshindernisse erkannt und aufgrund welcher Prioritätensetzung hat sich die Politik danach für welche Lösung entschieden?

Harald Buschbacher